



Ratsfraktion Detmold

Meierstraße 17, 32756 Detmold

Tel.: 05231/390766

<http://www.gruene-detmold.de>

E-mail: info@gruene-detmold.de

Haushaltsrede zum Städtischen Haushalt 2025/26

Zum einen: Es steht nicht gut um die Kommunalen Finanzen, auch in Detmold nicht.

Zum anderen: Viele äußere Bedingungen wie Kreisumlage (mehr als 20% des städtischen Haushalts) Klinikum, Grundsteuerreform prägen die Finanzlage vor Ort, sind aber vor Ort nur bedingt steuerbar.

Wie schon im vergangenen Jahr haben Politik und Verwaltung in zahlreichen Runden zusammengesessen und mögliche Kostensenkungen, Konsolidierungen aber auch Einnahmeverbesserungen diskutiert. Herausgekommen ist ein Haushaltspaket, das für 2025 immer noch mit einem Defizit von über 14 Mio.€ abschließt und leider auch vielen Mehrbelastungen und Einschnitte abverlangt.

Konkret heißt das:

Grundsteuer B:

Besonders schwer tun wir uns mit der Umsetzung der Grundsteuer B zum Jahreswechsel. Man hätte auch eine nach Wohnen und Gewerbe differenzierte Grundsteuer-Erhebung für Detmold umsetzen können. Allerdings waren der Mehrheit der politischen Parteien in Detmold die nicht zu beschönigenden rechtlichen Risiken zu hoch.

Durch die auf Landesebene schlecht umgesetzte Grundsteuerreform gibt es eine deutliche Lastenverschiebung zwischen Wohngrundstücken und Gewerbeimmobilien. Damit wird Wohnen in den meisten Fällen teurer, während Gewerbegrundstücke entlastet werden. Schon die Vorgängerregierung im Land hat es einfach laufen lassen bzw. verschlafen, entsprechende differenzierte Hebesätze ins Gesetz aufzunehmen, so wie es andere Bundesländer getan haben.

Mit Einbringen des Städtischen Haushalts in den Rat der Stadt Detmold ist die Umsetzung der Grundsteuerreform vor Ort angekommen. Für Detmold heißt das ganz konkret: Für Gewerbeimmobilien wird die Grundsteuer im Schnitt um 40% oder in Zahlen ausgedrückt um 1,26 Mio. € geringer ausfallen, während sie für Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke in aller Regel merkbar steigt. Detmolder Einfamilienhausbesitzer werden Mehrbelastungen von 1,17 Mio. € tragen müssen.

Das war nicht die Zielsetzung der Grundsteuerreform. Die gesetzliche Umsetzung der Reform ist handwerklich einfach nur schlecht gemacht und führt zu einer großen Gerechtigkeitslücke zwischen Wohnen und Gewerbe.

Wohnen ist ein wichtiges Gut und die Kosten sind in den vergangenen Jahren durch Mietsteigerungen, aber auch Energiekosten und Zinserhöhungen sowieso schon stark gestiegen. Wohnen muss bezahlbar bleiben. Deshalb wollen wir verhindern, dass Wohnen in Detmold durch die Grundsteuerreform unnötig teurer wird.

Diese Gerechtigkeitslücke ist für uns Detmolder Grüne so nicht zu akzeptieren. Denn letztendlich entscheidet der Detmolder Rat darüber, wie hoch die Grundsteuer vor Ort konkret angesetzt wird. Und deshalb werden wir in puncto Grundsteuer B gegen die Hebesatzsatzung stimmen.

Weiter fordern wir den Bürgermeister dringlich auf, sich auf allen nur möglichen Ebenen im Land für eine Änderung der Situation hin zu einer gerechten Verteilung der Lasten der Grundsteuer B für 2026 einzusetzen.

Gewerbesteuer:

Eine prosperierende Wirtschaft ist für alle gut und erstrebenswert. Deshalb gilt es eine Erhöhung der Gewerbesteuer mit Augenmaß anzugehen. Doch Gewerbesteuer zahlen die Unternehmen nur von ausgewiesenen Gewinnen. Keine Gewinne bedeutet also auch keine Gewerbesteuer.

Steuererhöhungen hat in der Regel niemand gern, doch die Gewerbesteuer ist in Detmold seit 2016 also bald 10 Jahre nicht erhöht worden. Und man überlege, was ist in diesen 10 Jahren nicht teurer geworden? Also ist es auch hier notwendig und richtig die Gewerbesteuer moderat, nämlich auf den Durchschnittssatz aller NRW-Kommunen mit vergleichbarer Einwohnerzahl, zu erhöhen.

Grüne Anträge zum Haushalt:

- Wir haben uns für die Rücknahme der 10% Kürzung des Medienetats der Stadtbibliothek ausgesprochen. Die Bibliothek wird überwiegend von Kindern und Jugendlichen genutzt, auch von Kindern und Jugendlichen, die sich nicht ständig neue Bücher, Spiele oder Videos kaufen können. Und hier bekommt man pädagogisch wertvolle Medien. Aber eine Bibliothek bleibt nur attraktiv, wenn der Medienbestand auch aktuell ist.
Nach Aussage der Verwaltung sollen die geplanten Einsparungen durch andere Mittel im Fachbereich ausgeglichen werden, so dass der Stadtbibliothek dann ein ungekürzter Medienetat zur Verfügung steht.
- Da der Wochenmarkt defizitär ist, werden wir uns der geplanten, moderaten Gebührenanhebung – trotz Bedenken – anschließen. Wir fordern, zur besseren Transparenz und Vergleichbarkeit, die Verwaltung auf, die Kosten- und Einnahmestruktur ähnlicher Formate wie Märkte, Messen und Veranstaltung aufzuschlüsseln.

Hornsches Tor:

Die Detmolder Grünen lehnen das Projekt aus mehreren Gründen ab (keine Gesamtplanung für dieses für das Detmolder Stadtbild zentrale Gelände, Bau und Finanzierung von Parkhaus und Parkplätzen durch die Stadt/Steuerzahler und nicht durch die Investoren, bisher wenig Grün und Bäume in der Planung, Hotel und Supermarkt sind keine Frequenzbringer zur Belebung der Langen Straße). Trotzdem werden wir uns bei der weiteren Überplanung des Geländes aktiv einbringen, um zu

retten was zu retten ist und dieses Thema nicht zum haushaltspolitischen Spielball machen.

Wir werden – trotz erheblicher Einwendungen zur Grundsteuer B – dem Haushalt insgesamt zustimmen:

- In ersten Haushaltsplanungen war noch eine Erhöhung der Grundsteuer B für 2025/26 vorgesehen. Wir denken, unsere Einwände zur Gerechtigkeitslücke bei der Grundsteuer B haben u.a. dazu beigetragen, dass im Haushalt jetzt die Grundsteuer B aufkommensneutral ohne Erhöhung geplant ist. Weiter gehen wir davon aus, dass es für 2026 differenzierte Hebesätze für Wohnen und Gewerbe geben wird.
- Die Verwaltung hat intern schon viele Konsolidierungen zusammengetragen, um Einsparungen zu generieren. Für diese erneuten Anstrengungen bedanken wir uns ausdrücklich.
- Und nicht zuletzt müssen wir, in Zeiten, die geprägt sind durch Verunsicherung und Ängste, die von populistischen „Heilsbringern“ mit den einfachen Antworten, aber ohne wirkliche Lösungen ausgenutzt werden, als demokratische Parteien mehr denn je zusammenstehen und uns nicht auseinanderdividieren lassen. Als Teil demokratischer Kultur, unter Zurückstellung einzelner Bedenken und als Zeichen gegenüber den von Kürzungen und Mehrbelastungen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft wollen wir deutlich machen, dass wir als Teil des Rates gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Dr. Birgit Meyer-Ehlert
Fraktionsvorsitzende B90/Grüne Detmold